

# Wörterverzeichnis

Allianzen

alte Bundesrepublik

altern

Antisemitismusdefinition

B1

barrierefrei

Beziehungsanbahnung

Bruderland

citizenship

Dauerleihgabe

eckiger Tisch

Eigenheim

einsam

Einzugsgebiet

**Engagement**

erben

gesundheitliche Versorgungsstrukturen

gleichwertige Lebensverhältnisse

Grundsicherung

Intersektional

Knappe

Ko-

Kohleausstieg

Labor

Manifest

mehrsprachig

Mindestlohn

Mitte-Studie

moralisieren

Nebenklage

obdachlos

Plattformökonomie

politische Bildung

Privileg

Racial Profiling

repräsentativ

Schulbuch

Seenotrettung

soziale Mischung

soziale Reproduktion

streiten

Suchbarkeit

Tierwohl

trans

Umfrage

### Der Aufstieg von »Engagement« zum Schlüsselbegriff gesellschaftlichen Zusammenhalts

In Zeiten, da »gesellschaftlicher Zusammenhalt« zur Zauberformel politischer und medialer Rhetorik geworden ist, fungiert Engagement als ihr magisches Elixier. Das Engagement, so der Tenor, sei »Ausdruck des sozialen Zusammenhalts und der kulturellen Verankerung des sozialen Miteinanders in der Gesellschaft« (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017, S. 49), »Rückgrat des Gemeinwesens« (Sozialministerium Brandenburg 2013, S. 3) oder gar »seelische Temperatur einer Gesellschaft« (Bundesverband Deutscher Stiftungen 2010, S. 26). Der von der Bertelsmann Stiftung durchgeführten Umfrage »Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt« zufolge gibt es einen engen Zusammenhang zwischen Engagement, sozialem Zusammenhalt und Lebenszufriedenheit der Bevölkerung (BMFSFJ 2017, S. 142). Der Erfolgskurs des Engagements wird zudem auch in quantitativer Hinsicht ausgewiesen. In Deutschland ist – dem aktuellen Freiwilligensurvey zufolge – seit zwanzig Jahren ein statistischer Aufwärtstrend zu beobachten. Mittlerweile hat sich die Quote ehrenamtlichen Engagements auf einem hohen Niveau von 39,7 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung ab 14 Jahre eingepegelt (Simonson/Kelle et al. 2019, S. 4).

Dieser Erfolgsgeschichte geht eine diagnostizierte »Krise des Ehrenamts« (Nörber/Sturzenhecker 1997) voraus: In den 1980er Jahren galt das traditionelle Ehrenamt mit seinen Hierarchien zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen, institutionellen Vereinnahmungseffekten und veralteten Idealen der Selbstaufopferung als zunehmend unpopuläres Auslaufmodell. Während die internationale »Eurovol-Studie« der Bevölkerung der Bundesrepublik 1996 eine unzureichende Engagementbereitschaft attestierte (Gaskin/Smith et al. 1996), wurde in den Folgejahren eine bemerkenswerte politische Aktivität an den Tag gelegt, das Gegenteil zu beweisen, und es begann eine beispiellose Renaissance des nun als »bürgerschaftlich« deklarierten Engagements. Parallel zum (diskurs-)politischen Re-Framing durch die Enquete-Kommission namens »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements« sind die Entwicklung einer »Nationalen Engagementstrategie« (2010), die Einführung des »Bundesfreiwilligendienstes« (2011), symbolische Würdigungen in Gestalt von Preisen und Werbekampagnen sowie zahlreiche Förderprogramme auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zu nennen. Diese Entwicklungen verdichten sich zu einer qualitativ neuen, staatlichen Orchestrierung der Bürger- oder Freiwilligengesellschaft.

Diese politische Neuentdeckung des Engagements ist in den Rhythmus multipler gesellschaftlicher Krisen eingeschrieben. Neben der durch die Wiedervereinigung und Prozesse der Deindustrialisierung steigenden Arbeitslosigkeit in den 1980er und 1990er Jahren, einer wachsenden Krise der sozialen Reproduktion in Zeiten familialen und geschlechterpolitischen Wandels sowie einer kommunalen Schuldenkrise, die das Ende der fordistischen Nachkriegsprosperität einläuten, prägen insbesondere der Strukturwandel des Wohlfahrtsstaates und der Aufstieg aktivierender Sozialpolitiken den neuen Engagement-Diskurs. Die Bürgergesellschaft ist zum zentralen Reformprojekt des aktivierenden Sozialstaats avanciert und Bürger\*innen werden als vielfältig Engagierte adressiert, die zunehmend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt verantwortlich zeichnen. Die neue Konjunktur des Engagements ist dabei eingebettet in ein als »neu-subsidiär« gerahmtes Sozialstaatsgebot. Der Begriff der »neuen Subsidiarität« wurde in den 1980er Jahren geprägt und avancierte zu einem »Leitbegriff im sozialpolitischen Diskurs« (Klie 2014, S. 180). Diese »neue Subsidiarität« betont im Unterschied zu der stärker durch die katholische Soziallehre geprägten Vorgänger-Interpretation die liberalen Denktraditionen des Begriffs: »In dieser Debatte geht es nicht mehr primär um eine Zuständigkeitsbegrenzung öffentlicher und privater Träger bzw. Maßnahmen in der Sozialpolitik, sondern um das Verhältnis von »kleinen Netzen« sozialer Hilfe zu sozialpolitischen Großbürokratien« (Sachße 2003, S. 210). Entsprechend setzt der Sozialstaat auf informelle Hilfe-, Unterstützungs- und Verantwortungssysteme, um den als zu expansiv und bürokratisch verkrustet geltenden Sozialstaat fiskalisch zu entlasten und soziale Integration jenseits von Staat, Markt und Familie herzustellen. Seit Anfang der 2000er Jahre durchzieht die Rede vom »Engagement als Bürgerpflicht« einschlägige Verlautbarungen: »Formen der Selbstverpflichtung werden umso notwendiger, je stärker sich der Staat von geltenden Regelungsansprüchen zurückzieht und Aufgaben, die nicht staatlich geregelt werden müssen, bürgerschaftlichen Akteuren überantwortet.« (Deutscher Bundestag 2002, S. 33)

Auch zwanzig Jahre später hat dieser Aufruf zum Engagement nicht an Schwung und kommunikativer Dringlichkeit verloren, im Gegenteil: Die Bundesregierung bewirbt Konzepte »Sorgender Gemeinschaften« als neues Paradigma einer nachhaltigen Sozial- und Pflegepolitik mit zivilgesellschaftlichem Engagement als Stützpfiler pflegerischer Versorgung. Daneben gelten Bürgerkommunen als lokalpolitische Reformmodelle der Zukunft und

freiwilliges Engagement, Gabentausch und kollektive *Sharing-Economy*-Projekte florieren. Zuletzt hat das Lob des Engagements und der Nachbarschaftshilfe in der Corona-Pandemie eine zentrale Rolle gespielt. So betonte die scheidende Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Fernsehansprache am 18. März 2020: »Man hört jetzt von wunderbaren Beispielen von Nachbarschaftshilfe für die Älteren, die nicht selbst zum Einkaufen gehen können. Ich bin sicher, da geht noch viel mehr und wir werden als Gemeinschaft zeigen, dass wir einander nicht allein lassen.«

Die Schlüsselrolle, die dem zivilgesellschaftlichen Engagement für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zugeschrieben wird, ist nur vor dem Hintergrund des Strukturwandels des Wohlfahrtsstaats und der multiplen Krisen des Gegenwartskapitalismus zu verstehen. Die (neu akzentuierte) Rolle und Bedeutung des Engagements für den gesellschaftlichen Zusammenhalt lässt sich über die kritische Analyse einer gesellschaftlichen Formation erschließen, die wir »Community Kapitalismus« nennen (van Dyk/Haubner 2021; van Dyk 2018; Haubner 2017).

### Diskursive Konjunkturzyklen des Engagements

»Engagement« – zumeist wahlweise als »zivilgesellschaftliches« oder »bürgerschaftliches Engagement« bezeichnet, mitunter auch unter dem älteren Topos des »Ehrenamts« firmierend – ist dadurch charakterisiert, dass eine gemeinnützige Aufgabe freiwillig und ohne Erwerbszweck ausgeführt wird. Für die deutschsprachige Debatte ist die Definition der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« prägend, die zusätzlich vorsieht, dass das Engagement öffentlich stattfindet und (mehrheitlich) gemeinschaftlich bzw. kooperativ betrieben wird (Deutscher Bundestag 2002, S. 38). Strittig ist hierbei die Definition des öffentlichen Raums und inwiefern Formen der informellen Unterstützung im Alltag, der Solidarität unter Nachbar\*innen oder Freund\*innen und Praktiken der organisierten Selbsthilfe als »Engagement« einzuordnen sind. Ehrenämter und karitative Hilfe haben eine lange Geschichte, die bis ins Mittelalter zurückreicht. Für die gegenwärtige Begriffspraxis sind aber Entwicklungen im (west-)deutschen Wohlfahrtsstaat seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts besonders aussagekräftig.

Der Blick zurück offenbart drei diskursive und politische Konjunkturen der Adressierung von Engagement: Die erste dieser Konjunkturen ereignet sich mit dem Aufkommen der Neuen Sozialen Bewegungen in den 1970er und 1980er Jahre, durch die Normalitätsmuster des fordistisch-keynesianischen Wohlfahrtsstaats infrage gestellt wurden. Eine wachsende Zahl von Menschen wehrte sich gegen eine bürokratische, als entmündigend empfundene Expert\*innenkultur und protestierte gegen ein Sicherheitsversprechen, das an die Institutionalisierung von ›Normalarbeitsverhältnis‹, ›Normalbiographie‹ und heterosexueller ›Normalfamilie‹ gebunden war (Windhoff-Héritier 1982). In dieser politischen Tradition wurzeln wissenschaftliche Veröffentlichungen, die sich infolge der politischen Auseinandersetzungen kritisch mit der staatlichen Einhegung, Inanspruchnahme und Kooptierung von zivilgesellschaftlichem Engagement und Alternativprojekten auseinandergesetzt haben (Müller/Rauschenbach 1992).

Angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit und einer Politik der Frühverrentung nahm in den 1980er Jahren eine neue Debatte an Fahrt auf, die sich um das »Ende der Arbeit« drehte. Ein diagnostizierter gesellschaftlicher wie subjektiv-biographischer Bedeutungsverlust von Erwerbsarbeit ließ nichterwerbsförmige Aktivitäten als mögliche Alternativen ins Zentrum der Aufmerksamkeit treten. Zivilgesellschaftliches Engagement stand nun in dem Ruf, die schrumpfende Aufnahmekapazität des Arbeitsmarktes auszugleichen, gemeinnützige Betätigung für die aus der Industrie ›freigesetzten‹ Arbeitslosen zu bieten sowie den früh in den Ruhestand Entlassenen eine sinnvolle Beschäftigungsalternative aufzuzeigen. Nun vermischen sich die zuvor dominierenden demokratietheoretischen Implikationen der Zivilgesellschaftsdebatte zunehmend mit Überlegungen zur Lösung der Krise der Erwerbsgesellschaft. Weil das Engagement als Auffangbecken jenseits der Erwerbsarbeit konzipiert und als tragende Säule einer neuen Tätigkeitsgesellschaft begriffen wurde, spielten dessen Rückwirkungen auf die Erwerbssphäre bzw. die potenzielle Erwerbsähnlichkeit von Engagement (noch) keine größere Rolle.

Ab Ende der 1990er Jahre findet mit der dritten Welle eine weitere Neubestimmung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten statt: Sie gelten nun nicht mehr als Hort der Beschäftigung Nicht-Erwerbstätiger, sondern rücken als ertragreiche ökonomische Ressource in den Blick. In einer empirischen Studie zur staatlichen Engagementpolitik rekonstruiert Daniela Neumann in diesem Zeitraum eine Entwicklung hin zu »Freiwilligkeit als gesellschaftliche[r] Produktivitätsressource« (2016, S. 137), mit der eine »Aufwertung der helfenden und karitativen Formen des freiwilligen Engagements zulasten ihrer demokratischen Protest- und Kritikfunktion« (ebd., S. 442) einhergeht. Eingebettet ist diese Entwicklung in den sich seit der Vereinigung vollziehenden Aufstieg des »aktivierenden Sozialstaates« (Lessenich 2008), mit dem die Logik sozialpolitischer Interventionen umgestellt wird: weg vom fürsorglichen Schutz seiner Bürger\*innen vor den Risiken der Marktexistenz, hin zu deren Empowerment zur eigenständigen Nutzung ihrer Marktchancen. Das wissenschaftliche und politische Interesse am Engagement richtet sich dabei ganz im Sinne der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik zum einen auf dessen beschäftigungsfördernde Effekte und damit auf die Frage der *employability* der Engagierten. Zum anderen erscheinen zahlreiche Analysen, die sich der Bedeutung von freiwilligem Engagement im (neuen) Wohlfahrtsmix widmen (Evers/Olk 1996; Klie/Roß 2005). Mit Blick auf die Herausforderungen sozialer Daseinsvorsorge in Zeiten des demographischen und familialen Wandels wird das Engagement nun – vor allem auf kommunaler Ebene – als notwendiger, gesellschaftlichen Zusammenhalt stiftender Wohlfahrtsfaktor adressiert.

Tatsächlich hat sich seit den ausgehenden 1990er Jahren nicht nur die Nachfrage nach zivilgesellschaftlichem Engagement als sozialer Ressource verändert. Zugleich ist im Zuge von Individualisierungs- und Emanzipationsprozessen auch auf der Angebotsseite ein Strukturwandel des Ehrenamts diagnostiziert worden, mit dem sich die Motive und bevorzugten Einsatzformen der Engagierten gewandelt haben: Statt langjähriger Vereinsmitgliedschaft auf der Basis eines traditionell verankerten christlich-humanistischen Altruismus werden nun kurzfristige, zu den jeweiligen individuellen biographischen Lebens- und Erwerbsphasen passende Einsätze bevorzugt. Die Bedeutung »der lockeren, eher informellen Organisationsformen« (BMFSFJ 2005, S. 205) steigt dementsprechend an. Dieser Strukturwandel von (Erwerbs-)Biographien und die zunehmende ökonomische und soziale Bedeutung des Engagements stehen dabei in einem Korrespondenzverhältnis: Die gewandelten gesellschaftlichen Ansprüche an das Engagement und die gesteigerte Nachfrage lassen aus Sicht politischer Verantwortungsträger\*innen eine neue Anreizstruktur und Förderpolitik für das Engagement erforderlich werden.

### Freiwilligkeit, Gemeinschaft(-lichkeit) und die Aktivierung von Engagement

Wenn wir uns die praktischen Kontexte anschauen, in denen der Begriff »Engagement« gegenwärtig zirkuliert, so erweist er sich als Dreh- und Angelpunkt einer »Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage« (van Dyk/Haubner 2021, S. 112). Diese operiert im Kontext des Befundes, dass eine Freiwilligkeit des Engagements angesichts von Säkularisierung, Individualisierung und Enttraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse immer weniger gegeben ist, sodass traditionale Verbindlichkeiten und lebenslange Zugehörigkeiten als Garanten sozialen Engagements kaum mehr greifen. In dieser Situation agiert der Staat nun in dreifacher Hinsicht als Treiber einer »Engagementgesellschaft«: erstens in diskursiver und programmatischer Hinsicht durch die moralische Aufwertung zivilgesellschaftlichen Engagements; zweitens durch (materielle) Förderprogramme und *Policy*-Instrumente, die den Ausbau ehrenamtlicher Arbeit zum Ziel haben; und drittens durch eine Politik des Unterlassens, die – insbesondere auf kommunaler Ebene – Engagierte auf den Plan ruft, das örtliche Schwimmbad, die Busanbindung oder die lokale Bibliothek eigenständig zu erhalten (vgl. zu dieser Steuerungstrias: van Dyk/Haubner 2021, S. 44–49). In materieller Hinsicht ist immer häufiger die Forderung zu hören, dass das klassische, verbindliche Ehrenamt nicht länger unbezahlt zu haben sei (Braun 2001, S. 101), was sich in der zunehmenden Monetarisierung insbesondere solcher Bereiche niederschlägt, die – wie in der schulischen Ganztagsbetreuung oder der Altenpflege – auf ein hohes Maß an Verbindlichkeit angewiesen sind.

Zugleich wird freiwilliges Engagement in neuer Dringlichkeit semantisch als »sozialer Kitt« (Robert Bosch Stiftung 2016, S. 3) gerahmt. Der Aufruf zur »Woche des Bürgerschaftlichen Engagements« 2019 proklamiert: »Ohne ehrenamtliches Engagement schwindet der Zusammenhalt.« Eine enge Verknüpfung von Engagement und Gemeinschaft, die bei vielen Akteuren mit einer »romance of community« (Joseph 2002) einhergeht, erweist sich dabei als zentrales, diskursives Moment der »Verziviligesellschaftlichung der sozialen Frage« und trägt wesentlich dazu bei, zu kaschieren, dass es sich auch beim Engagement um reproduktive Arbeit handelt. So werden etwa die international hoch im Kurs stehenden »*Caring Communities*«, zu Deutsch »Sorgenden Gemeinschaften«, von einer heterogenen Koalition politischer, medialer und wissenschaftlicher Akteure als Keimzellen der engagierten Zivilgesellschaft begriffen und zugleich in der deutschen Engagement-, aber auch in der Pflegepolitik verankert (Haubner 2017).

Die enge diskursive Verschränkung von »Engagement« und »Gemeinschaft« trägt wesentlich zur positiven Aufladung des Konzepts bei, die sich nicht nur politisch und medial, sondern auch wissenschaftlich äußert. Gemeinschaftsbezüge zeichnen sich durch eine oftmals unbestimmte positive Bedeutungszuweisung aus, vermitteln sie doch, wie Zygmunt Bauman unterstrichen hat, ein gutes Gefühl: »Was immer man unter ›Gemeinschaft‹ verstehen mag: Es ist zweifellos gut, ›zu einer Gemeinschaft zu gehören‹, ›in einer Gemeinschaft zu leben.« (2009, S. 7) Als Alltagsbegriff evokiert »Gemeinschaft« Qualitäten wie Homogenität, Unmittelbarkeit, Natürlichkeit, Lokalität und Nähe, persönliche Bindung, Solidarität und Harmonie im Sinne identischer Interessen. Der Wortstamm »gemein-« verweist auf etwas Geteiltes und es lassen sich eine ganze Bandbreite sozialer Assoziationen aufrufen, von der Gruppe, Nachbarschaft und Familie über die Genossenschaft, den Verband und die Gemeinde bis hin zur Freundschaft, zur Clique und zum Netzwerk. Die positiven Alltagsbezüge sind eingebettet in eine lange Diskursgeschichte der »Gemeinschaft«, die stets in Dichotomie zur modernen kapitalistischen »Gesellschaft« mit ihren entfremdenden Effekten gesehen wurde. Mit ihren lokalen und engen sozialen Bezügen gilt die Gemeinschaft gemeinhin als werte-basiert, in Abgrenzung zur kalten Rationalität von Bürokratisierung und Profitorientierung. Im Spannungsfeld von Romantik und Verlusterzählung konnte die Gemeinschaft zum semantischen Fluchtpunkt einer neuen Politik des gesellschaftlichen Zusammenhalts werden.

Zugleich hat insbesondere der antimoderne, an Abstammung, Brauchtum und Homogenität orientierte, traditionelle Gemeinschaftsbegriff Versuche einer Modernisierung und Re-Akzentuierung herausgefordert. Axel Honneth beispielsweise hat einen philosophischen Minimalbegriff von Gemeinschaft vorgeschlagen, der den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen soll: als »posttraditionale Gemeinschaft« oder »*liberal community*« konzipiert er frei gewählte, allein durch einen intersubjektiv geteilten Werte-horizont bestimmte soziale Zusammenhänge (1993, S. 261 f.). In einer stärker empirischen Ausrichtung haben die Soziolog\*innen Ronald Hitzler, Anne Honer und Michaela Pfadenhauer die zunehmende Evidenz posttraditionaler, von Familie und Abstammung gelöster Gemeinschaften zum Anlass genommen, das Gemeinschaftskonzept von Essentialismus und Zwangsförmigkeit zu befreien und den Blick auf den Formwandel von Gemeinschaften zu richten. Das gemeinschaftliche »Wir« wird aus dieser Perspektive »vom Schicksal zur Aufgabe« (Hitzler/Honer et al. 2009, S. 10).

Tatsächlich erweist sich diese kritische Neubestimmung und Enttraditionalisierung von Gemeinschaft als freiwillig gewähltes *Commitment* für den hier skizzierten Zusammenhang von Engagement und gesellschaftlichem Zusammenhalt als hochgradig ambivalent. Ihres progressiven Anspruchs zum Trotz, ist es gerade die Vorstellung von Gemeinschaft als gewählter Aufgabe, d. h. ihre konsequente De-Naturalisierung und Ent-Essentialisierung, die sie kompatibel mit den Prämissen des flexiblen Kapitalismus macht: Erst mit dieser Neubestimmung kann das Gemeinschaftsideal zum Gegenstand (politischer) Steuerung und Aktivierung werden. Die Aktivierung von Engagement im sozialstaatlichen Gefüge der Gegenwart zeigt zudem, dass es insbesondere um die Erschließung neuer Gemeinschaften und ihrer Sorgequalitäten geht – um Vereine, Bürger- und Nachbarschaftsinitiativen, Freundschaften, Selbsthilfegruppen, Nichtregierungsorganisationen oder digitale Netzwerke. Die im posttraditionalen Gemeinschaftsdiskurs verbreitete Position, die Überwindung der traditionellen Restbestände leite (mehr oder weniger) automatisch in eine emanzipatorische Gemeinschaftsperspektive über, verkennt deren Einbettung in die politökonomischen Bedingungen des Gegenwartskapitalismus und seines sozialpolitischen Steuerungsregimes.

Angesichts der neoliberalen Umgestaltung von Sorge- und Wohlfahrtsregimen dominierten in der kritischen Wohlfahrtsstaatsforschung und der feministischen *Care*-Forschung daher lange Zeit Diagnosen einer zunehmenden Ökonomisierung des Sozialen. So zutreffend die Analysen fortschreitender Kommodifizierung im Sozial- und Gesundheitssektor sind, so greift die Diagnose einer umfassenden ›Verbetriebswirtschaftlichung‹ und ›Vermarktlichung‹ dennoch zu kurz, wenn es um die Neuinterpretation des Gesellschaftsvertrages geht. Parallel zu einer grenzenlosen Expansion des Marktes beobachten wir seit den späten 1990er Jahren eine zweite Entwicklungslinie: Diese zielt auf eine soziale (Wieder-)Einbettung der krisengeschüttelten Marktökonomie durch Adressierung, Stärkung und Indienstnahme unbezahlter und freiwilliger Engagement- und Fürsorgeleistungen, die von zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen erbracht werden. Das Engagement fungiert in diesem Kontext nicht nur als moralisches Fundament gesellschaftlichen Zusammenhalts, sondern auch als systemstabilisierende (Arbeits-) Ressource im krisengeschüttelten Gegenwartskapitalismus.

Unbezahlte Arbeit und Fürsorgeleistungen waren und sind nicht nur »heimliche Ressourcen der Sozialpolitik« (Beck-Gernsheim 1991), sondern stets Lebenselixiere kapitalistischer und damit strukturell sorglos agierender Gesellschaften (Aulenbacher/Bachinger et al. 2015), die konstitutiv auf die Integration systemfremder, nicht vollständig rationalisierbarer Elemente aus der Reproduktionssphäre angewiesen sind. Allerdings lassen sich gegenwärtig drei einflussreiche gesellschaftliche Dynamiken ausmachen, die den klassischen Metabolismus zwischen kapitalistischer Marktlogik und ihren reproduktiven Grundlagen neu ausrichten. Sie tragen zur Herausbildung einer Formation bei, die wir »Community Kapitalismus« nennen und die sich durch den Bedeutungswandel des Engagements als reproduktive Systemressource im Rahmen einer neuen Verantwortungsteilung zwischen Staat, Markt, Familie und Zivilgesellschaft auszeichnet. Was treibt die moralische und politische Ökonomie des »Community Kapitalismus« an, wie lassen sich seine Dynamik beschreiben und seine Ressourcen bestimmen?

Zu den gesellschaftlichen Entwicklungen, die zur Herausbildung des Community Kapitalismus beitragen, gehört erstens – wie bereits angesprochen – die durch den Wandel von Sozialstaat, Erwerbsarbeit und Familie forcierte Krise der sozialen Reproduktion. Jahrzehnte der staatlich vorangetriebenen Privatisierung, Deregulierung und Kommodifizierung des Sozialsektors haben private und öffentliche Sorgkapazitäten erodieren lassen. Dies wird zusätzlich von zunehmenden Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen in der Arbeitswelt, einer Hybridisierung der Familien- und Haushaltsstrukturen und steigenden Versorgungsansprüchen im Kontext des demographischen Wandels vorangetrieben. In Zeiten zunehmender weiblicher Erwerbsbeteiligung schlagen sich diese Veränderungen in wachsenden Sorgeengpässen nieder. Damit gewinnt informelle Arbeit außerhalb des familiären Rahmens sozialpolitisch an Bedeutung. Ein Beispiel dafür findet sich in der Altenpflege, die als Vorreiterin sozialstaatlicher Förderung und Indienstnahme des Engagements gelten kann. Angesichts eines beispiellosen Personalmangels – bis 2035 wird vom Statistischen Bundesamt ein Fachkräftemangel in der Größenordnung von fast 500.000 Stellen prognostiziert – wird mithilfe von Leistungen der Pflegeversicherung Freiwilligenarbeit (semi-)professionalisiert und monetarisiert, um bestehende Versorgungslücken zu schließen (Haubner 2017). Die unbezahlte Arbeit der Familien, die noch immer das Gros der häuslich-informellen Pflegearbeit ausmacht, wird so mithilfe staatlicher Anreizstrukturen um aufwandsentschädigte Freiwilligenarbeit ergänzt.

Der zweite Treiber des Community Kapitalismus ist eine infolge der weltweiten Finanzmarktkrise 2008 zu beobachtende Hegemoniekrise des Neoliberalismus (Meadway 2021). Diese manifestiert sich nicht nur im öffentlich politisierten Widerspruch zwischen einer über Jahrzehnte als alternativlos deklarierten Austeritätspolitik und der selbstverständlichen Bereitschaft, »systemrelevante« private Banken und Unternehmen mit Steuergeldern zu retten. Selbst langjährige Verfechter neoliberaler Politik wie der Internationale Währungsfonds (IWF) oder die Organisation europäischer Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) problematisieren mittlerweile die steigende soziale Ungleichheit im Zusammenhang mit einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, die sich nachteilig auf das globale Wirtschaftswachstum auswirke (OECD 2015). Daneben weist auch das Erstarken rechtspopulistischer Forderungen nach einer protektionistischen Re-Nationalisierung von Wirtschaftsräumen auf den

Legitimationsverlust einer Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen hin. Diese Einsprüche läuten jedoch keinesfalls das Ende neoliberaler Regierungsweisen ein, spielen betriebswirtschaftliche Steuerungsinstrumente sowie drastische Sparauflagen im Sozialsektor doch weiterhin eine zentrale Rolle. Folgt man den Analysen des Soziologen Mitchel Dean, dann bildet damit ein nunmehr »katastrophischer« und nicht länger »triumphaler« Neoliberalismus den Ausgangspunkt für den Aufstieg des Community Kapitalismus. Anstelle fragwürdig gewordener Versprechen von marktinduzierter Wohlfahrtssteigerung und ökonomischen Gleichgewichtsszenarien treten pragmatische Stabilisierungsstrategien und eine stärkere Responsibilisierung von Individuen und Gemeinschaften (Dean 2014, S. 161). Das »freiwillige Engagement« samt seiner vielgepriesenen gemeinschaftsfördernden Wirkung avanciert zur zentralen und staatlich-sozialpolitisch beworbenen und geförderten Zielgröße im katastrophischen Neoliberalismus und damit auch zu einem neuen Schlüsselbegriff gesellschaftlichen Zusammenhalts im Zeichen multipler Krisen. So heißt es etwa im siebten Altenbericht der deutschen Bundesregierung, dass angesichts von Marktversagen und staatlicher Überforderung »wieder gesellschaftliche Ordnungsleistungen gefragt [seien]« (BMFSFJ 2017, S. 47), womit die Aufmerksamkeit auf zivilgesellschaftliche Versorgungsangebote gelenkt wird.

Die Digitalisierung schließlich gibt entscheidende Impulse für die Ausgestaltung der moralischen und politischen Ökonomie des Community Kapitalismus und ist damit ein dritter zentraler Treiber. Nicht nur Dienstleistungen, sondern auch Engagement und Nachbarschaftshilfe werden mittlerweile über digitale Plattformen organisiert, wobei Gemeinschaftlichkeit einen festen semantischen Bestandteil der Online-Kultur bildet. So betonen die Gründer\*innen der Nachbarschaftsplattform »nebenan.de«, dass die Frage zentral sei, »welche digitalen Tools Bürgerinnen und Bürgern zu mehr Teilhabe und Gemeinschaft verhelfen können« (Kappes/Vollmann 2020, S. 125). Dabei werden nicht nur bestehende soziale Zusammenhänge über Gemeinschaftsanrufungen zu aktivieren versucht, sondern auch neue Gemeinschaften digital erzeugt, was zuerst und prominent an der Bezeichnung Facebooks als digitale »Meta-Community« deutlich wurde, die sich seither anschickt, die digitale Infrastruktur analoger sozialer Gemeinschaften jenseits öffentlich-staatlicher Strukturen bereitzustellen.

Wird der Community Kapitalismus durch die Reproduktionskrise, die Hegemoniekrise des Neoliberalismus und die Digitalisierung angetrieben, lässt sich seine innere Dynamik als »Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage« beschreiben. Mit dem Begriff »Zivilgesellschaft« wird trotz unterschiedlicher Akzentuierungen häufig eine Ressource gegen desintegrative Effekte von Individualisierungs- und Ökonomisierungsprozessen bezeichnet. Angesichts krisenhafter Entwicklungen in den Schenkeln des Wohlfahrtsdreiecks kommt ihr eine wachsende gesellschaftliche Bedeutung zu: Während der »Markt« durch Versagen und Fehlallokationen sein Effizienzversprechen zunehmend uneingelöst lässt, hat der »Interventionsstaat« durch selbst gesetzte Spardiktate und marktformige Vergabepraktiken den Anspruch auf umfassende und solidarische Absicherung von Lebensrisiken aufgegeben. Familien stoßen im Zangengriff von steigenden Sorgeanforderungen und Erwerbspflichten an Kapazitätsgrenzen. Multiple Engpässe und Versorgungslücken machen zivilgesellschaftliche Initiativen zu neuen wohlfahrtspolitischen Akteuren und zu Koproduzenten gesellschaftlichen Zusammenhalts. »Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage« bedeutet dabei konkret einen sowohl sektor- als auch subjektbezogenen Zugriff auf zivilgesellschaftliche Ressourcen: Einerseits findet eine Auslagerung von Aufgaben, die vorher in familialer, marktformiger oder staatlicher Verantwortung lagen, in die Zivilgesellschaft statt – und damit auch in den Bereich des freiwilligen Engagements. Andererseits umfasst die »Verzivilgesellschaftlichung« die Responsibilisierung und Aktivierung der Bürger\*innen mithilfe einer symbolischen Anrufungs-, Anerkennungs- und Würdigungskultur in Form von Preisen, Auszeichnungen, finanziellen Förderungen und Qualifikationsangeboten.

Dass es sich dabei nicht lediglich um ein Zusammenhalt stiftendes Miteinander, sondern stets auch um die (Aus-)Nutzung unbezahlter (oder niedrig aufwandsentschädigter), zumeist irregulärer Arbeit handelt, wird im Prozess der »Aufwertung der helfenden und karitativen Formen des freiwilligen Engagements zulasten ihrer demokratischen Protest- und Kritikfunktion« (Neumann 2016, S. 442) verschleiert. Der Begriff »Zivilgesellschaft« bezeichnet vor allem Orte von Engagement und Gemeinschaft und öffnet einen breit affirmierten, aber auch auffällig unterbestimmten Bedeutungsraum, der Vorstellungen von »Gemeinsinn«, »Kooperation« und »Harmonie« aufruft, während Interessenkonflikte oder soziale Kämpfe – etwa um Arbeitsrechte und Arbeitsteilung (auch jenseits bezahlter regulärer Erwerbsarbeit) – in ihm kaum einen Platz finden. Das Engagement gilt in Zeiten von Individualisierung und Vereinzelung als Impulsgeber für eine neue, post-traditionale Gemeinschaftlichkeit und bürgt für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Freiwillig

Engagierte werden in politischen, wohlfahrtsverbandlichen, kirchlichen und medialen Beiträgen als »Alltagshelden« und »Engel« sakralisiert und in Sphären verortet, in denen es profan erscheint, nach Geld und Arbeitsrecht zu fragen. Der ehrenamtliche Einsatz wird so nicht primär als unbezahlter, sondern als genuin unbezahlbarer Gemeinschafts- und Gemeinwohldienst gerahmt und die ökonomische Frage nach professionellen und regulär entlohten Fachkräften von vorneherein suspendiert. Das Narrativ des »unbezahlbaren Engagements« ruft zugleich tradierte Vorstellungen feminisierter Haus- und Sorgearbeit als »weibliche[r] Liebedienst« (Klinger 2012) auf, dessen Arbeitscharakter ebenso in Abrede gestellt wie seine ökonomische Bedeutung verschleiert wird. Mit dieser diskursiven Entpolitisierung und Ent-Ökonomisierung wird nicht nur der Arbeitscharakter zivilgesellschaftlichen Engagements de-thematisiert, sondern auch die Frage einer angemessenen Interessenvertretung für die Vielzahl Freiwilliger. Indem Ausbeutung als Problem geleugnet wird, kann unbezahlte und aufwandsentschädigte, nicht regulär entlohnte Arbeit zur Ressource des Community Kapitalismus werden.

Diese Verschleierung von Ausbeutung wird einerseits durch Subjektivierungs- und Entgrenzungsprozesse in der Arbeitswelt gestützt, andererseits durch zunehmend fließende Grenzen zwischen Engagement, Arbeit, Sorge, Konsum und Freizeit. Es entsteht ein Amalgam von Arbeits- und Tätigkeitsformen, die wir mit dem Begriff der »Posterwerbsarbeit« bezeichnen, um auf das breite Spektrum irregulärer, bezahlter wie unbezahlter, multipel ausbeutbarer Arbeitstätigkeiten hinzuweisen, die neben der regulären Lohnarbeit an Bedeutung gewinnen (van Dyk/Haubner 2021, S. 115–122). Der Community Kapitalismus macht sich dabei insbesondere die soziale Verwundbarkeit derer zunutze, die zu den Leidtragenden einer zunehmend hybridisierten, fragmentierten und prekären Arbeitswelt gehören. So werden Langzeitarbeitslose, prekäre Hausfrauen, altersarme Rentner\*innen und Mini-Jobber\*innen zur neuen Zielgruppe einer Politik des Engagements, die mithilfe monetärer Anreize auf eine stärkere Einbindung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen abhebt, um sozialstaatliche Defizite auszugleichen (Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros 2013, S. 2). Dabei lässt sich eine klassenspezifische Ausdifferenzierung und Spaltung des Engagements in Sorgende und Gestaltende beobachten: Für monetär gering entschädigte und erwerbsarbeitsnahe Bereiche des Engagements, mit denen substanzielle Versorgungslücken geschlossen werden, werden sozial verwundbare Gruppen und zumeist Frauen adressiert. In freizeit- und insbesondere politikhnahen Bereichen mit Gestaltungspotenzial engagieren sich hingegen gut bis hochqualifizierte und materiell abgesicherte, häufig männliche Mittelschichtsangehörige.

Anschluss- und potenziell hegemoniefähig wird der Community Kapitalismus auch, weil er sich im Narrativ eines humaneren und sozialeren Gegenwartskapitalismus präsentiert, für das Gemeinschaftlichkeit, Wärme, Fürsorge, Kooperation und gegenseitige Hilfe zentral und die Sicherung des sozialen Zusammenhalts grundlegend sind, während Ausbeutung, Ungleichheit und Abhängigkeitsverhältnisse ausgeklammert bleiben. In der Verbindung aus Posterwerbsarbeit und Gemeinschaftspolitik vollzieht sich dabei eine weitgehend unbemerkte, gleichzeitige Ausbeutung von Verwundbarkeit und Verbundenheit, auf die sich die moralische und politische Ökonomie des Community Kapitalismus wesentlich stützt. Gesellschaftlicher Zusammenhalt, so wird deutlich, soll nicht nur über die Anrufung von Gemeinschaft und politische Plädoyers für Engagement angeregt werden. Seine wachsende Bedeutung verdankt sich auch einem Bedürfnis nach Verbundenheit aufseiten derjenigen, die von prekären Arbeitsbedingungen in besonderer Weise betroffen sind und die nach gemeinschaftlicher Kooperation in einem kapitalistischen »system of organised loneliness« (The Care Collective 2020, S. 45) suchen.

### **Zur Re-Kontextualisierung und begrifflichen Umbettung von »Engagement«**

Wenn von »Engagement« die Rede ist, ist dieses gemeinhin eingebettet in ein semantisches Feld aus positiv konnotierten Begriffen: »Gemeinwohl« und »Gemeinschaft(-lichkeit)«, »Freiwilligkeit« und »Altruismus«, »Gabe« und »Sinnstiftung«, »Kooperation« und »Zusammenhalt« – um nur einige zu nennen. Diese Einbettung zu problematisieren, bedeutet nicht, in Abrede zu stellen, dass Engagement in der Regel freiwillig ausgeführt und als sinnstiftend erlebt wird, dass es Zusammenhalt fördern und Kooperation stärken kann. Es geht vielmehr um die Sensibilisierung dafür, wie diese Eigenschaften in der politischen und moralischen Ökonomie des Community Kapitalismus neu situiert werden. Diese Re-Kontextualisierung von Engagement lenkt den Blick auf jene sozio-ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen, in denen es zu einer gesellschaftlichen Ressource wird. Affirmiert man Engagement kurzschlussartig als positives Ideal, bleibt dessen systemstabilisierende und kompensierende Funktion unsichtbar.

Es ist die gegenwärtig verschärfte Krise der sozialen Reproduktion im Zusammenspiel mit einem Legitimationsverlust des hochindividualisierten Neoliberalismus und den Möglichkeiten und Entgrenzungsprozessen durch die Digitalisierung, die die Aktivierung neuer Sorgeressourcen leitet. Erst in diesem komplexen Setting wird ersichtlich, dass und wie die gleichzeitige Aktivierung von Posterwerbsarbeit und Gemeinschaftspolitik darauf zielt, soziale Verwundbarkeit und das Begehren nach sozialer Verbundenheit gleichermaßen nutzbar zu machen, was letztendlich zu einer »Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage« führt. Behalten wir diesen Doppelcharakter im Blick, verkompliziert sich das semantische Feld, in dem »Engagement« zu verorten ist: Die Frage ist nicht, ob wir es in diesem Setting statt mit Freiwilligkeit nicht doch mit Zwang, statt mit Sinnstiftung mit Ausbeutung oder statt mit Gemeinschaft(-lichkeit) mit Atomisierung und Individualisierung zu tun haben. Die Frage ist vielmehr, wie und unter welchen Bedingungen die affirmative Überbetonung der sozialen Seite des Engagements gerade zur Voraussetzung von dessen Indienstnahme und Ausbeutung wird und damit zu seiner systematischen Entpolitisierung und Ent-Ökonomisierung beiträgt.

Es lassen sich jedoch auch Bereiche finden, in denen durch freiwilliges Engagement tatsächlich »zusätzliche« Hilfsangebote bereitgestellt werden. Dazu zählen etwa freiwillige Angebote, die unstrittig über die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge hinausgehen: die ehrenamtliche Pilzsprechstunde, der Malkurs in der Volkshochschule oder der »Wünschewagen«, mit dem Ehrenamtliche todkranken Menschen einen letzten Wunsch erfüllen. Zugleich wächst in Vereinen und Initiativen das Bewusstsein für die kommunale und staatliche Vereinnahmung ihres Engagements und damit auch für die teils fließenden Übergänge zwischen zusätzlichem und ausgebeutetem Engagement. Sie adressieren Kippunkte, an denen ihre freiwillige Arbeit zum Ausfallbürgen des Sozialstaats wird bzw. werden könnte. Die Vertreterin einer Freiwilligenagentur etwa weist ungefragt darauf hin, dass der von Ehrenamtlichen organisierte (Vor-)Lesenachmittag in der lokalen Bibliothek Professionsgrenzen wahrt und kein Ersatz für Angebote der Lernförderung ist: Das Angebot ist ein Freizeitprogramm für Kinder, und die Ehrenamtlichen sind aufgefordert, Kinder mit auffälligen Lern- und Leseschwierigkeiten sofort an professionelle Kräfte weiterzuvermitteln.

Auch ein lokaler Bürgerbus, der mobilitätseingeschränkte Senior\*innen zu Hause abholt und damit nicht den öffentlichen Nahverkehr ersetzt, ist ein gutes Beispiel für ein nichtausgebeutetes, zusätzliches Engagement, wobei die Grenzen und Kippunkte natürlich strittig sein können und Gegenstand permanenter sozialer Aushandlung bleiben.

Justieren wir den Blick auf »Engagement« in konkreten praktischen Kontexten neu, so kann es in zwei Hinsichten als Schlüsselbegriff gesellschaftlichen Zusammenhalts gelten: Fraglos birgt freiwillige Arbeit Zusammenhalt stiftendes Potenzial. Widersteht man jedoch dem Zeitgeist einer unkritischen Sakralisierung gemeinschaftsförmiger Kooperationen, so rückt schließlich der Zusammenhang von Engagement *und* Arbeit, von Gemeinschaft(lichkeit) *und* Ausbeutung, von Unbezahlbarkeit *und* Prekarität, von gesellschaftlichem Zusammenhalt *und* Klassengesellschaft in den Blick. Diese Zusammenhänge spielen auch in der Praxis eine zunehmend größere Rolle: Seit einiger Zeit wird in konkreten Kontexten etwa ein »rebellisches Engagement« (van Dyk/Dowling et al. 2016) sichtbar, das aus Loyalität gegenüber den auf Hilfe und Engagement Angewiesenen geleistet wird, während die Engagierten ihre Expertise zugleich nutzen, um eben diese Konstellation zu kritisieren. Hier wird ehrenamtliche Hilfe mit politischem Engagement verknüpft, das die Grenzen des freiwilligen Engagements und die Versäumnisse des Wohlfahrtsstaates aufzeigt und soziale Rechte einfordert. Auf diese Weise stiften die Engagierten nicht nur sozialen Zusammenhalt angesichts eklatanter Sorge- und Versorgungslücken, sondern sie agieren zugleich als Seismograph gesellschaftlicher Problemlagen, um auf die wohlfahrtsstaatlichen Voraussetzungen gesellschaftlichen Zusammenhalts hinzuweisen.

erben